



**AgEcon** SEARCH  
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

*The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library*

**This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.**

**Help ensure our sustainability.**

Give to AgEcon Search

AgEcon Search  
<http://ageconsearch.umn.edu>  
[aesearch@umn.edu](mailto:aesearch@umn.edu)

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

---

Thimm, H.-U.: Marktwirtschaftliche Zusammenschlüsse. In: Rintelen, P.: Grenzen und Möglichkeiten einzelstaatlicher Agrarpolitik. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band 1, Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (1964), S. 64-77.

---



# Marktwirtschaftliche Zusammenschlüsse

VON DR. H.-U. THIMM, M. S., WEIHENSTEPHAN

	Seite
1 Einleitung .. .. .	64
2 Bestimmungsgründe für das Entstehen von marktwirtschaftlichen Zusammen- schlüssen .. .. .	66
3 Grenzen und Möglichkeiten für marktwirtschaftliche Zusammenschlüsse .. ..	68
4 Zusammenschlüsse von Marktpartnern in den EWG-Ländern .. ..	70
4.1 Niederlande .. .. .	71
4.2 Frankreich .. .. .	72
4.3 Bundesrepublik Deutschland .. .. .	74
Literaturverzeichnis .. .. .	77

## 1 Einleitung

Mit zunehmender volkswirtschaftlicher Verflechtung der Landwirtschaft werden Zusammenschlüsse bedeutungsvoll. Sie sollen dazu dienen, das Einkommen der Beteiligten durch bessere Effizienz der Erfassungs- und Absatzformen zu sichern und möglichst zu erhöhen. Unter Zusammenschluß wird jede Form der horizontalen oder vertikalen Zusammenarbeit verstanden, die auf Mitgliedschaft in einer Genossenschaft, Erzeugervereinigung, einem Ring oder Marktverband beruht, oder durch ein mündliches oder schriftliches Vertragsverhältnis mit anderen Marktpartnern geregelt ist. Es ist zu untersuchen, in welchem Umfang Zusammenschlüsse landwirtschaftlicher Erzeuger mit vor-, gleich- und nachgeordneten Stufen tätig sind, welche Bestimmungsgründe für ihr Entstehen entscheidend waren und welche Marktstellung sie in den wichtigsten EWG-Staaten einnehmen. Gelten Zusammenschlüsse als Instrument einzelstaatlicher Agrarpolitik? Welche Grenzen sind ihnen gesetzt, und welche Möglichkeiten stehen ihnen offen?

Die institutionelle Form der Zusammenarbeit kann vielfältig sein, sie beruht grundsätzlich auf der freiwilligen Entscheidung der Partner oder auf einer gesetzlichen Norm des Staates.

1. Die freiwillige Entscheidung zur Zusammenarbeit ist zwar durch den technisch-wirtschaftlichen Fortschritt unausweichbar und durch die Konkurrenz zu erzwingen, doch liegt das Verhalten eindeutig in der persönlichen Entscheidungssphäre der Kontrahenten.
2. Der Staat kann mit gesetzlichen Vorschriften einen »positiven Kontrahierungszwang« ausüben, um durch den angeordneten Zusammenschluß der Marktpartner gewisse Ordnungsvorstellungen auf den Agrarmärkten zu realisieren [12].

Die Praxis des Wirtschaftslebens kennt beide Formen. Doch bauen gesetzlich vorgeschriebene Zusammenschlüsse teilweise auf Gruppen und Vereinigungen auf, die ursprünglich freiwillig entstanden waren. Offensichtlich wirkt jeder Zusammenschluß von Marktpartnern auf das Angebot oder die Nachfrage von Nahrungsmitteln ein; die Stärke der Wirkung ist abhängig von der Straffheit der Bindungsform und der Größe des erfaßten Angebots. Die Zusammenarbeit von Marktpartnern kann von einer losen mündlichen Absprache über Mengen, Qualitäten und Zeiten einer Lieferung bis zu schriftlichen Verträgen mit detaillierten Abmachungen einschließlich Preisabsprachen führen oder sogar den gesetzlichen Zwang bedeuten, in einer gemeinsamen Organisation ständig nach einem Interessenausgleich der Mitglieder zu suchen. Jede Form der Zusammenarbeit übt zumindest auf einem Teilmarkt eine Wirkung aus, die in irgendeiner Weise der Rationalisierung des Marktgeschehens dienen kann, z. B. durch bessere Mengenanpassung, Ausgleich saisonaler Angebotsschwankungen, Einführung technisierter Arbeitsabläufe, Einstellung der Produktion auf Qualitätsansprüche, Ausschaltung von Grenzproduzenten, Verbesserung von Werbung und Absatzorganisation und anderes mehr. Agrarexportländer sehen das Ziel einer freiwilligen oder staatlich erzwungenen Zusammenarbeit besonders darin, für die Ausfuhr ein qualitativ hochwertiges, einheitliches Angebot möglich zu machen. Eine systematische Gliederung von Zusammenschlüssen der Marktpartner in horizontaler und vertikaler Richtung ergibt folgendes Bild:

#### I. HORIZONTALE BINDUNG

1. *Nichtgenossenschaftlich*: Schweinemastringe, Erzeugergemeinschaften, Milchkontrollvereine usw.
2. *Genossenschaftlich*: Bezugs- und Absatzgenossenschaften, Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr, Verwertungsgenossenschaften, intergenossenschaftliche Zusammenarbeit auf gleicher Stufe
3. *Öffentlich-rechtlich*: Kammern, Börsen
4. *Gesetzlich*: Bundesrepublik: keine,  
Holland: Bedrijfschappen

#### II. VERTIKALE BINDUNG

1. *Nichtgenossenschaftlich*: Ein- oder mehrstufiger Verbund Erzeuger-Verarbeiter (Saatgutvermehrung, Zuckerrübenanbau, Geflügelmast usw.)
2. *Genossenschaftlich*: Verbindliche Zusammenarbeit von Einzelgenossenschaft mit Erzeugern einerseits, Zentralgenossenschaften andererseits
3. *Öffentlich-rechtlich*: Bundesmarktverbände für Vieh und Fleisch; Landesvereinigungen der Milch- und Fettwirtschaft
4. *Gesetzlich*: Zusammenarbeit von Erzeugern, Verarbeitern und Handel nach der Milchmarktordnung der Bundesrepublik; in den Produktschappen Hollands, Comités économiques agricoles Frankreichs, Marketing Boards Englands usw.

Die horizontale Bindung vereinigt Marktpartner, die auf derselben Produktions-, Verarbeitungs- oder Handelsstufe ihr spezifisches Marktziel mit gleichen Methoden erreichen wollen oder müssen. Durch den Zusammenschluß machen die einzelnen Betriebsleiter den Versuch, ihre isolierte Marktstellung zu überwinden. Während die nichtgenossenschaftliche Bindung mehr auf eine Beratung, Kontrolle und Aussprache der Mitglieder ausgerichtet ist, die ihren Niederschlag in erhöhten Leistungen und bes-

seren Qualitäten findet, suchen die Genossenschaften direkt Einfluß am Markt zu gewinnen, ohne sich bisher der Marktberatung ihrer Mitglieder genügend zu widmen. Öffentlich-rechtliche Kammern und Verbände als horizontale Zusammenschlüsse üben bisweilen hoheitliche Aufgaben aus, doch haben sie im Bundesgebiet bisher außer der Schaffung von Markenzeichen u. ä. keine eingreifenden Veränderungen des Marktgeschehens hervorgerufen. Die allgemeine Güteförderung durch Beratung und Kontrollen stand im Vordergrund, obgleich es zu den Pflichtaufgaben der Kammern gehört, in der Verwertung, im Absatz und in der Förderung des freiwilligen Zusammenschlusses zu Vereinigungen tätig zu sein. HANAU/WEBER führen die geringe Wirksamkeit der Kammern auf den Agrarmärkten im wesentlichen auf das bisher ungenügende Interesse an Marktfragen und die personelle Unterbesetzung der Marktabteilungen zurück [6].

In der vertikalen Bindung lassen sich Zusammenschlüsse in gleicher Gruppierung feststellen. Der Verbund zwischen Lieferanten, Erzeugern, Verarbeitern und Handelsstufen bewirkt neben der technischen Rationalisierung des Marktablaufs eine schnelle Umstellung des Angebots auf die Nachfragewünsche der Verbraucher, da ein direkter Einfluß auf Art, Menge, Qualität und Zeitpunkt der Rohstofflieferung ausgeübt werden kann. — Die genossenschaftliche Zusammenarbeit in vertikaler Bindung wird zwar seit langer Zeit praktiziert, ist aber bisher zu keiner höheren Wirksamkeit gelangt, als sie dem kaufmännischen Verhalten nichtgenossenschaftlicher Handelsstufen auch innewohnte. Denn verbindliche Mengen- und Preisvereinbarungen zwischen Einzel- und Zentralgenossenschaften sind noch relativ selten.

Für die Zusammenarbeit in öffentlich-rechtlichen vertikalen Zusammenschlüssen gibt es im Bundesgebiet nur das Beispiel der Bundesmarktverbände. Ihre Wirksamkeit »reicht von weitreichender koordinierender Aktivität über unverbindliche Zusammenkünfte bis zur faktischen Bedeutungslosigkeit« [6]. — Eine gesetzliche vertikale Zusammenarbeit gibt es in der Bundesrepublik aufgrund der Milchmarktordnung (weniger stark auf dem Zuckermarkt!). Zwar wird durch diese erzwungene Zusammenarbeit zwischen Erzeuger, Handel und Verarbeiter noch nicht ein optimaler Marktablauf garantiert — wie es bei freiwilligen Bindungsformen anzunehmen ist —, doch war die Milchmarktordnung zweifellos ein Fortschritt in der Rationalisierung des Marktes. Allerdings ist die Notwendigkeit, einmal geschaffene Marktordnungen stets den veränderten Verhältnissen neu anzupassen, nicht allgemein anerkannt. So wäre es wünschenswert, wenn der Gesetzgeber die staatlichen Bindungen auf dem Milchmarkt lockern würde, mit der Auflage, daß die Marktpartner sie durch selbstgewählte vertragliche Zusammenarbeit ersetzen.

## 2 Bestimmungsgründe für das Entstehen von marktwirtschaftlichen Zusammenschlüssen

Die Antriebskräfte für die verbindliche Zusammenarbeit sind technischer und wirtschaftlicher Natur. Im industriellen Bereich gaben nach LILIENSTERN [8] den Anlaß zur Bildung von Großbetrieben oder zur Kooperation kleinerer und mittlerer Unternehmen die zunehmende Mechanisierung und Automation, die Ausdehnung und Nivellierung der Märkte und des Bedarfs, die wachsenden betrieblichen Kapazitäten und

schließlich der engerwerdende Funktionszusammenhang zwischen Massenproduktion, Massenvertrieb, Massenverwaltung und Massenkonsum. Für die Landwirtschaft ist ein Teil dieser Bestimmungsgründe ebenfalls bedeutsam; weitere Antriebskräfte sind durch folgende Tendenzen gekennzeichnet:

1. Auf einem Käufermarkt zwingt die Konkurrenz um den Absatz vordringlich zur Kostensenkung, da Umsatz- und Preissteigerungen nur beschränkt möglich erscheinen. Für den Käufermarkt ist ferner eine ständig differenzierter werdende Nachfrage typisch, der Erzeuger wird zur Anpassung seines Angebots gezwungen. Die Verbraucheransprüche an Aufmachung und Aufbereitung der Ware können nur in der engen Zusammenarbeit von Rohstofflieferant und Verarbeiter erfüllt werden; damit ist weniger eine Funktionsverlagerung aus dem Landwirtschaftsbetrieb heraus verbunden, in der Mehrzahl handelt es sich um das Auftreten vorher nicht bekannter oder bisher nicht erfüllbarer Funktionen, oftmals aber auch um Dienstleistungen, die früher im Haushalt oder in den Einzelhandelsgeschäften getan wurden.
2. Die konzentrierte Nachfrage in Einkaufsgenossenschaften, Handelsvereinigungen, Kaufhäusern, Filialbetrieben sowie in Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen zwingt zum zusammengefaßten Angebot, um ein Gleichgewicht der Marktpositionen herbeizuführen. Es geht nicht darum, Marktmacht zu erreichen, sondern die Landwirtschaft muß vertragsfähig für die Großabnehmer werden [11].
3. Die Ballung des Konsums in den Industrie- und Verkehrszentren der entwickelten Staaten läßt den *kurzen* Versorgungsweg zwischen Erzeuger und Verbraucher im Direktabsatz an Bedeutung verlieren [9]. Die Versorgung der Bevölkerung muß daher aus weiter entfernt liegenden Agrarräumen sichergestellt werden. Umfangreiche Transportbewegungen und Lagerhaltung sind notwendig, die Einschaltung des Großhandels ist selbst bei geringem Bearbeitungsgrad unvermeidlich.
4. Der technische Fortschritt ermöglicht in der Nahrungsmittelvermarktung die Anwendung einer Reihe mechanischer und organisatorischer Einrichtungen; ihr wirtschaftlicher Einsatz ist an ein größeres Umsatzvolumen gebunden. Die Auslastung dieser Anlagen suchen die Firmen durch Vereinbarungen über Mengen, Qualitäten, Preise, Termine, Produktionstechnik usw. zu sichern. Werden technische Anlagen von einigen Betrieben einer Branche früher als von anderen eingeführt, so kann eine Differentialrente aufgrund des Rationalisierungsvorsprungs erzielt werden. Um den Marktanteil zu halten, sind sämtliche Firmen gezwungen, ihre Anlagen der neuesten Entwicklung ebenfalls anzupassen. Die Branche wird also in kurzer Frist auf ein höheres technisches Niveau gehoben.
5. Die Konkurrenzsituation auf dem Käufermarkt zwingt zur Produktdifferenzierung und Werbung. Die Verbesserung einer Marktposition mit Hilfe dieser Mittel ist für landwirtschaftliche Produzenten nur im Verbund denkbar. Sie sind sowohl in horizontaler Bindung gegenüber dem aufnehmenden Handel und Verarbeiter einzusetzen, als auch in vertikaler Zusammenarbeit mit entsprechender Qualitäts- und Frischegarantie. Auch scheint in Zukunft ein erfolgreicher Absatz nur möglich zu sein, wenn mit einem großen Aufwand an Forschung und Entwicklungsarbeit das jeweilige Produkt dem Konsumenten attraktiv gemacht wird oder völlig neue Verwertungsmöglichkeiten eröffnet werden.
6. Im Landwirtschaftsbetrieb ergibt eine größere und spezialisierte Produktionsleistung bei gleichzeitig geringeren Selbstversorgungsmengen ein höheres Marktaufkommen als früher. Dieser Vorgang schafft in Gebieten ähnlicher Umweltbedingungen regionale Produktionsschwerpunkte, deren Entstehen zusätzlich durch die EWG-Marktornungen infolge der Preisdifferenzierung nach Entfernung zum Hauptkonsumzentrum gefördert wird. Produktionsschwerpunkte erzeugen Überschußmengen, deren Absatz neuer Organisationsformen bedarf, da die bisherigen — auf gebietliche Eigenversorgung abgestellten — Markteinrichtungen beim übergebietlichen Absatz versagen.
7. Der übergebietliche Absatz trifft in den Konsumzentren auf die Konkurrenz anderen inländischen und ausländischen Qualitätsangebots. Die Importe sind überwiegend das Produkt ausländischer Zusammenschlüsse von Erzeugern und Verarbeitern zur Exportförderung. Die deutsche Landwirtschaft hat also Veranlassung, sowohl in der Organisationsform als auch in Güte und Aufmachung ihrer Waren Gleichwertiges zu leisten.

8. Der Kreditbedarf zur Umstellung und Spezialisierung landwirtschaftlicher Betriebe auf die Zweige der pflanzlichen und tierischen Produktion, deren Erzeugnisse eine hohe Einkommenselastizität der Nachfrage zeigen, ist vom einzelnen Betriebsleiter nicht immer durch Eigenfinanzierung zu befriedigen. Stehen staatliche Mittel nicht ausreichend zur Verfügung, so ist neben Bankkrediten der Verbund als zusätzliche Finanzierungsquelle einzusetzen. — Andererseits sind Investitionen der Einzelbetriebe vergeblich, wenn nicht gleichzeitig durch Erstellung von modernen Verwertungseinrichtungen der Absatz gesichert wird. Das Kapital dafür muß entweder in genossenschaftlicher oder privatwirtschaftlicher Gesellschaftsform oder mit Hilfe des Kapitalmarktes aufgebracht werden.
9. Das Produktions- und Absatzrisiko einer spezialisierten Betriebsweise ist für den Landwirt gewöhnlich größer als das einer vielseitigen Betriebsorganisation. Kann der Wunsch nach einer Risikominderung durch einen horizontalen oder vertikalen Zusammenschluß erfüllt werden, dann sind viele Betriebsleiter mit einer gewissen Einengung ihrer Dispositionsfreiheit einverstanden. Der Verbund wird als Mittel zur Einkommenssicherung betrachtet.
10. Damit er eine marktgerechte Erzeugung erstellen kann, muß der Landwirt unbedingt beraten werden. Ist der Staat zu der Beratung nicht in der Lage oder nicht bereit, so ist diese Aufgabe von den Gruppen zu tragen, die an der Herstellung des Produktes ein technisches oder geschäftliches Interesse haben. Die Wirtschaftlichkeit des Beratungsdienstes ist durch verbindliche Zusammenarbeit zu gewährleisten.
11. Die verstärkte innerlandwirtschaftliche Arbeitsteilung bringt eine größere Abhängigkeit des Erzeugerbetriebes von seinen Vorlieferanten mit sich. Der reibungslose Wirtschaftsverlauf in der Veredlungswirtschaft beruht in starkem Maße auf dem zeitgerechten Bezug von Jungtieren usw., aus den Zucht- und Aufzuchtbetrieben. Eine vertragliche Zusammenarbeit wird hierbei eine bedeutende Hilfe sein.
12. Zur Erreichung agrar- oder handelspolitischer Ziele versucht der Staat, mit Hilfe marktwirtschaftlicher Zusammenschlüsse bestimmte Ordnungen auf den Märkten durchzusetzen. Im damaligen deutschen Reichsgebiet erreichte die Milchmarktordnung vom 31. 7. 1930 den Zwangszusammenschluß von Erzeugern, Molkereien und Handel. Das Milch- und Fettgesetz der Bundesrepublik vom 10. 12. 1952 übernahm diese festen Lieferbeziehungen. — In den skandinavischen Ländern wurden ursprünglich staatliche Ordnungsvorstellungen auf den Märkten durch die Tätigkeit der Genossenschaften und ihrer Zentralverbände verwirklicht. Diese Marktregulierungen führten — unter Einsparung eines aufwendigen Staatsapparates — zur gewünschten Anpassung des Angebots an den Bedarf nach Menge und Qualität. Der Vorteil einer berufsständischen Initiative liegt zweifellos in der stärkeren Erhaltung der Eigenverantwortung der Erzeuger für den Absatz ihrer Produktion.

### 3 Grenzen und Möglichkeiten für marktwirtschaftliche Zusammenschlüsse

Ziel einer gemeinsamen Agrarpolitik der EWG-Länder ist nach Art. 39 des Römischen Vertrages, die Produktivität der Landwirtschaft zu steigern, dadurch der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten, die Märkte zu stabilisieren, die Versorgung sicherzustellen und die Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen zu erreichen. Unterstellt man die These, daß Zusammenschlüsse durch ihre rationellere Marktgestaltung diesem Ziel der gemeinsamen Agrarpolitik dienen können, so entsteht die Frage, ob im EWG-Vertrag Grenzen für ihre Bildung gezogen wurden?

Zwar sind allgemein wettbewerbsverzerrende Vereinbarungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen untersagt, jedoch nicht verboten, wenn sie den Bestandteil einer innerstaatlichen Marktordnung bilden oder zur Verwirklichung der Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik beitragen. Nach Art. 42 findet »das Kapitel über die Wettbewerbsregeln (Art. 85—90) auf die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und



den Handel mit diesen nur insoweit Anwendung, als der Rat dies unter Berücksichtigung der Ziele des Art. 39 bestimmt«. Daraus ist zu folgern, daß alle Zusammenschlüsse von Marktpartnern tätig sein können, solange nicht ausdrücklich eine Entscheidung des EWG-Rates gegen sie vorliegt [5].

Die weitere Frage, ob die Zusammenschlüsse durch nationale Regelungen verhindert werden, kann für die Bundesrepublik, die als einziges Land eine Verbotsgesetzgebung hat, durch die Heranziehung des »Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen« vom 27. Juli 1957 beantwortet werden. Es bestimmt im § 1:

»Verträge, die Unternehmen oder Vereinigungen von Unternehmen zu einem gemeinsamen Zweck schließen, und Beschlüsse von Vereinigungen von Unternehmen sind unwirksam, soweit sie geeignet sind, die Erzeugung oder die Marktverhältnisse für den Verkehr mit Waren oder gewerblichen Leistungen durch Beschränkung des Wettbewerbs zu beeinflussen.«

Für die Landwirtschaft bedurfte dieser Paragraph zweifelsohne einer Modifizierung. Im § 100, Absatz 1, heißt es daher:

»§ 1 findet keine Anwendung auf Verträge und Beschlüsse von Erzeugerbetrieben und Vereinigungen von Erzeugervereinigungen, soweit sie ohne Preisbindung die Erzeugung oder den Absatz landw. Erzeugnisse oder die Benutzung gemeinschaftlicher Einrichtungen für die Lagerung, Be- und Verarbeitung landw. Erzeugnisse betreffen.«

Ferner verneint § 100, Absatz 4, die Anwendung des § 18 für die Landwirtschaft, der Verträge zwischen Unternehmen verbietet, die die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit eines Vertragsbeteiligten unbillig einschränken [10].

Der Landwirtschaft sind Zusammenschlüsse mit dem Ziel der Rationalisierung des Marktablaufs also nicht verwehrt worden. Im Gegenteil, die Ausnahmebestimmungen in diesen Gesetzen weisen die Landwirtschaft ausdrücklich auf ihre Ausnahmestellung und ihre Chancen hin, durch verbesserte Absatzformen auch zu größerer Rentabilität der Betriebe zu gelangen. — Doch bleibt zu erwähnen, daß auf Spezialmärkten eine Einschränkung verbindlicher Zusammenarbeit dadurch hervorgerufen wird, daß staatliche und kommunale Verwaltungsanordnungen einer rationellen Vermarktung im Wege stehen können. So erwähnt STAMER als Nachteil auf dem Vieh- und Fleischmarkt die Ausgleichsabgabe auf Fleisch, die ungleiche Gebühr für die Untersuchung von Schlachttieren, die 40/oige Umsatzsteuer für das Zerlegen von Schweinehälften in der Großhandelsstufe und schließlich die Hackfleischverordnung [14].

Sind die gesetzlichen Hindernisse auch gering, so können den Zusammenschlüssen auf dem Agrarmarkt natürliche, wirtschaftliche, technische und soziologische Widerstände entgegentreten:

1. Produktionsgebiete in gemäßigten Klimazonen ermöglichen — trotz des Wirkens der differenzierenden Kräfte — vielseitige Betriebssysteme; bei kleinen Hofgrößen führt das zu einer geringen Marktleistung je Produkt in einem Betrieb. Solange der Konsument in erreichbarer Nähe für eine unmittelbare Belieferung ansprechbar ist, wird der Erzeuger-Verbraucher-Direktabsatz Bedeutung behalten, eventuell unter Zwischenschaltung des Einzelhandels. Solche Betriebe bedürfen keiner Zusammenschlüsse über das bestehende Maß hinaus. —
2. Der Kapitalbedarf für Investitionen in rationellen Markteinrichtungen ist durch Erzeugerzusammenschlüsse oder Unternehmer aufzubringen. Kommt es infolge mangelnder Liquidität der Interessenten nicht zu einer ausreichenden Kapitalkonzentration, so kann damit eine wirksame Barriere gegen einen Verbund entstehen. Hier mit einer Starthilfe einzugreifen, ist als Aufgabe der Öffentlichen Hand anerkannt worden (siehe Grüner

Plan 1963), da sich der Absatz sonst weiter in traditionellen — das heißt z. T. unrationellen — Bahnen vollziehen müßte.

3. Eine wirtschaftliche Grenze für die Zweckmäßigkeit von Zusammenschlüssen kann darin bestehen, daß kein aufnahmefähiger Markt für ein bestimmtes Produkt vorhanden ist. Andererseits wird es notwendig sein, daß Betriebe zeitweilig sogar Verluste hinnehmen, um überhaupt erst einen Markt für ihre Erzeugnisse zu erschließen.
4. Ein Zusammenschluß wird vereitelt, wenn ein ungenügender Ausbau des Verkehrsnetzes die rationelle Erfassung hindert oder der Transportaufwand infolge mangelnder räumlicher Konzentration der Produktion über die Erlösmöglichkeiten hinausgeht. Moderne Absatzeinrichtungen bedingen Produktionsschwerpunkte! Produktionsschwerpunkte bedingen moderne Absatzeinrichtungen!
5. Ist primär das ausgeprägte Beharrungsvermögen des bäuerlichen Menschen maßgebend, so ist es sekundär eine Bildungsfrage, wie schnell — zumindest freiwillige — Zusammenschlüsse zum bestimmenden Element eines Wirtschaftssystems werden. Neben dem Erkennen der wirtschaftlichen Zusammenhänge ist dabei für den Betriebsleiter scheinbar die Frage der Selbständigkeit sehr wichtig; sie ist aber subjektiver Natur. In einer arbeitsteiligen Wirtschaft erfährt die Selbständigkeit des Unternehmers in jedem Falle eine relative Eingengung. Geistig wendige Menschen legen dieser Tatsache eine erstaunlich geringe Bedeutung bei, sie gestalten sich ihre Selbständigkeit im Rahmen der wirtschaftlich notwendigen Bindungen in hervorragendem Maße.
6. Grenzen werden den Zusammenschlüssen auch dadurch gezogen, daß in einem Gebiet bereits ein eingespieltes Vermarktungssystem ohne bindende Zusammenarbeit vorhanden ist. Da neue Einrichtungen stets mit hohen Amortisationslasten zu rechnen haben, können bisher übliche Absatzformen auf lange Zeit zu gleichhohen Erlösen für den Erzeuger führen wie eventuelle Neuanlagen. In diesen Fällen ist mit einer gewissen »Gegenpropaganda« der Handelsstufen zu rechnen, die aus verschiedenen Gründen einem vertraglichen Verbund abraten und in einer »freien Partnerschaft« die gleiche Effizienz des Marktablaufs zu erreichen suchen. Der Erfolg dieser Bemühung wird ausschließlich von der Persönlichkeit des jeweiligen Unternehmers abhängen. Je besser ein traditioneller Absatzweg bisher funktionierte, desto stärker sind die Widerstände gegen eine Änderung des bestehenden Zustandes, zumal ja wesentliche Vorteile einer rationalen Vermarktung durchaus ohne *formale* Bindungen zu erreichen sind — alles hängt von der Aufgeschlossenheit der Marktpartner ab.

#### 4 Zusammenschlüsse von Marktpartnern in den EWG-Ländern

Das ausdrückliche Ziel des EWG-Vertrages, die Landwirtschaft zu fördern, ermöglicht sowohl der EWG-Kommission wie auch den Einzelstaaten, über die Bildung marktwirtschaftlicher Zusammenschlüsse das Einkommen der Landwirtschaft zu verbessern bzw. ihr bei den Absatzproblemen auf einem Käufermarkt zu helfen. Die Anwendung von EWG-Richtpreisen führt zur Differenzierung der Erzeugung nach natürlichen Standortsbedingungen und Marktentfernungen, ruft also Produktionsschwerpunkte hervor und gibt damit bereits den Anstoß zu Zusammenschlüssen horizontaler oder vertikaler Art. Es ist möglich, daß die niedrigeren Getreidepreise in Überschußgebieten die tierische Veredelungsproduktion stimulieren und für ihren Absatz Gemeinschaftsanlagen notwendig machen. Weiterhin ist es denkbar, daß durch eine relative Verteuerung des Qualitätsweizens in den marktfernen Gebieten diese Produktion vertikal integriert wird, z. B. mit Hilfe fester Liefer-, Anbau-, Abnahmeverträge zwischen Saatgutzüchtern, Saatgutvermehrern, Weizenanbauern, Großhandel und Mühlen [2].

Bedeutungsvoller als die indirekten Wirkungen des Vertrages ist allerdings die Frage,

welche Möglichkeiten in den einzelnen EWG-Staaten jetzt schon gesehen werden, um der Landwirtschaft durch marktwirtschaftliche Zusammenschlüsse wirksam zu helfen. Hier bietet sich ein sehr unterschiedliches Bild; weder die diesbezügliche Aktivität, noch die Art der Maßnahmen sind einheitlich. Für den deutschen Markt haben unter den Partnerländern Frankreich und Holland eine ungleich größere Bedeutung als Italien, Belgien und Luxemburg. Die anschließende Betrachtung beschränkt sich daher auf die ersten beiden Staaten und einen Vergleich mit der Entwicklung in der Bundesrepublik.

#### 4.1 *Niederlande*

Marktwirtschaftliche Zusammenschlüsse haben in Holland in horizontaler und vertikaler Richtung seit Jahren erhebliche Bedeutung. Der notwendige Agrarexport fordert bei der vorherrschenden durchschnittlichen Betriebsgröße den horizontalen Verbund geradezu heraus. Das holländische Genossenschaftswesen ist der hauptsächlichste Träger der Vermarktung, seine Marktanteile stehen weit an der Spitze der EWG-Länder. Neben den Genossenschaften existieren weitere horizontale Zusammenschlüsse in Form von Erzeugerringen u. ä. mit Beratungsaufgaben auf freiwilliger und in Form von »Bedrijfschappen« auf gesetzlicher Grundlage. Die vertikale Zusammenarbeit mit Liefer- und Abnahmepflicht zwischen Erzeuger und verarbeitender Genossenschaft ist häufig anzutreffen. Der Verbund zwischen Erzeugern und privaten Verarbeitungsbetrieben hat wegen des Übergewichts der Genossenschaften dagegen geringere Bedeutung.

Die Grundlage für eine gesetzliche vertikale Bindung wurde 1950 durch das »Gesetz über die Organisation der gewerblichen Wirtschaft« geschaffen. Danach erhielten öffentlich-rechtliche Körperschaften (Produktschappen) hoheitliche Befugnisse, die auf sämtliche Angehörige bestimmter Berufsgruppen ausdehnbar sind. Staatliche Förderungen werden über diese Vereinigungen ausgezahlt. Im Gesetz wurden den »Produktschappen« folgende bindende Aufträge übertragen:

1. Registrierung der angeschlossenen Unternehmungen und ihrer Beschäftigten,
2. Unterlagenbeschaffung für Statistiken (auch durch Einsichtnahme in betriebliche Buchführungen!),
3. Regelung der Produktion, des Absatzes, der Verteilung und Verwendung, einschließlich Lagerhaltung, der Be- und Verarbeitung von Gütern; Regelung der Ausführung von Dienstleistungen,
4. Förderung der Mechanisierung und Rationalisierung von Betrieben,
5. Standardisierung der Waren,
6. Tarifverhandlungen über Löhne, Arbeitsbedingungen usw.

Die im Rahmen der »Produktschappen« erzwungene vertikale Zusammenarbeit zwischen Erzeugern, Verarbeitern und Handel (ähnlich den Hauptvereinigungen der Marktordnung des Reichsnährstandes in Deutschland von 1933—1945) hat nicht nur wegen ihrer direkten Einwirkung auf Angebotsmengen und Preise, sondern auch infolge wichtiger Sekundärfunktionen Bedeutung. Das kann am Beispiel der »Produktschap voor Zuivel« (Milch und Milchprodukte), gegründet am 2. 2. 1956, demonstriert werden. Ihr sind vertikal angeschlossen:

1. Betriebe, die Milch erzeugen,
2. Betriebe, die Milch für die menschliche Ernährung be- und verarbeiten,
3. Unternehmen, die mit Milch oder Milchprodukten für die menschliche Ernährung handeln.

Die 18 Vorstandsmitglieder (6 Erzeuger, 6 Verarbeiter, 4 Großhändler, 2 Einzelhändler; davon 50 vH Arbeitnehmer) sind bei ihren periodischen Sitzungen zum gemeinsamen Gespräch gezwungen und auf einen Ausgleich ihrer Interessen angewiesen. Sie haben alle Angelegenheiten, die den wirtschaftlichen Verkehr zwischen den verschiedenen Stufen der Erzeugung und des Absatzes eines Produkts betreffen, autonom im Rahmen der Gesetze zu regeln. Dabei liegt der Schwerpunkt der Arbeit bei der Beratung der Regierung und des Parlaments bereits vor dem Erlaß einschlägiger Gesetze und Verordnungen, deren Durchführung der »Produktschap voor Zuivel« übertragen wird. Sie verwaltet auch den Milchwirtschaftsfonds, der dem Erzeugermilchpreisausgleich und der Exportstützung dient. Weiter ist die »Produktschap« in der Erschließung neuer Märkte durch Spezialberatung, Werbung und Forschung tätig, z. B. Förderung der Cheddarkäseproduktion zur Entlastung des Marktes von herkömmlichen Käsesorten (Gouda, Edamer usw.), Zusammenarbeit mit der Futtermittelindustrie zur Verwertung von Magermilchpulver, Maßnahmen zur Verbilligung von Kühlschränken zur Steigerung des Trinkmilchabsatzes usw. — Die Finanzierung der vielseitigen Tätigkeit erfolgt durch Abgaben der Mitglieder. Von den Einnahmen 1961 in Höhe von 13 Mio hfl. wurden 40 vH für den Verwaltungsaufwand ausgegeben, der Rest zur Stützung, Werbung und Forschung verwendet [3].

Der Erfolg horizontaler und vertikaler Zusammenschlüsse für die holländische Nahrungswirtschaft ist offensichtlich. Das Attribut Hollands, die leistungsfähigste Landwirtschaft im Kreise der EWG-Staaten zu besitzen, ist zweifelsohne neben anderen Gründen auch eine direkte Folge dieser außerordentlich straffen institutionellen Regelung, die dennoch die Eigenverantwortung und Selbstinitiative der Landwirte nicht ausschaltet.

#### 4.2 *Frankreich*

In Frankreich haben marktwirtschaftliche Zusammenschlüsse bisher geringere Bedeutung bei der Entwicklung der Landwirtschaft gehabt als in Holland. Die im Rahmen der EWG sich abzeichnenden Möglichkeiten, für die Erzeugungskapazitäten Frankreichs einen Markt, insbesondere in Deutschland, zu finden, veranlaßten die Regierungen der 4. und 5. Republik, die Agrarförderung in den Vordergrund der Wirtschaftspolitik zu stellen. Der Schwerpunkt der Maßnahmen lag zunächst auf der Produktionssteigerung, einer großzügigen Sozialpolitik für die ländliche Bevölkerung und der Strukturverbesserung. Erst in jüngster Zeit beginnt die institutionelle Neuordnung der Agrarmärkte.

Die genossenschaftliche Erschließung Frankreichs wird außer von den Kreditgenossenschaften von 16 000 Einzelgenossenschaften getragen, die ein lokales, kantonales, départementales oder sogar regionales Einzugsgebiet haben. Von ihnen befassen sich über 6000 mit der Verwertung und/oder dem Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse, überwiegend Getreide in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Getreideamt

(ONIC). Verbandmäßig ist das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen Frankreichs gespalten, sicherlich nicht zum Nutzen der Schlagkraft des horizontalen Verbundes. Die vertikale Verbundwirtschaft hat in Frankreich bisher einen unterschiedlichen Umfang erreicht. So sind vertragliche Bindungen im Zuckerrübenanbau, in der Saatgutvermehrung, im Obst- und Gemüseabsatz weit verbreitet; in der Veredlungsproduktion sind Anfänge bei der Schweine- und Rindermast festzustellen, größere Bedeutung haben sie nur bei Broilern und zunehmend bei Legehennen erlangt [15]. Die Milchversorgung von Paris durch wenige marktbeherrschende Unternehmen wird als Beispiel vertikaler Integration angeführt [4].

Nach Erlass des landwirtschaftlichen Ergänzungsgesetzes vom 27. 7. 1962 treten aber die staatlichen Maßnahmen zur Bildung von Zusammenschlüssen stark in den Vordergrund. Da die Mitgliedstaaten der EWG sich des Rechts begeben haben, nach 1970 mit Hilfe einer nationalen Preisgestaltung die Einkommensparität der Landwirtschaft zu erreichen, bleibt als Ausweg lediglich die Umstellung der nationalen Agrarpolitik auf strukturverbessernde und absatzfördernde Maßnahmen. Zu ihnen gehört als wichtigstes Instrument die Errichtung berufsständischer Marktorganisationen. In Frankreich haben sie die unterschiedliche Rechtsform von

1. »Groupements de Producteurs« (Art. 14)
2. »Comités économiques agricoles« auf fakultativer Basis (Art. 15)
3. »Comités économiques agricoles« mit Zwangscharakter (Art. 16).

Dank bevorzugter Förderung durch staatliche Mittel, die nur den anerkannten Erzeugervereinigungen zufließen, wurde z. T. eine sichtbare Verbesserung des Angebots aus den Reihen der Mitglieder erreicht. Die Organisationen können rechtsverbindliche Vorschriften zur Kontrolle von Produktion, Verarbeitung und Vermarktung erlassen und ihren Geltungsbereich zwangsweise auf alle Erzeuger des betreffenden Gebietes ausdehnen. Denn nach Ansicht der Franzosen läßt sich ein optimaler ökonomischer Erfolg in der Agrarproduktion zweckmäßiger durch bindende Absprachen über Zusammenarbeit und abgestimmte Arbeitsteilung erreichen als durch uneingeschränkten Wettbewerb [7].

Die zentrale Lenkung der einzelnen Erzeugerverbände wird durch das Landwirtschaftsministerium und den Marktordnungsfonds FORMA sowie die Interventionsgesellschaften INTERLAIT und SIBEV sichergestellt, die Subventionen mit bestimmten Auflagen verbinden können. Eine anfängliche Schwerfälligkeit des allgemeinen Garantiefonds FORMA, insbesondere durch eine angeblich übertriebene parlamentarische Kontrolle, wurde am 21. Juli 1961 durch Umwandlung in eine »öffentlich-rechtliche Körperschaft mit gewerblicher und kaufmännischer Zielsetzung, versehen mit einer eigenen Rechtspersönlichkeit und ermächtigt zur finanziellen Selbstverwaltung«, aufgehoben [3]. Damit war die Möglichkeit zu einer äußerst wendigen Geschäftsführung geschaffen. So konnte »AGRA-EUROPE« in der Ausgabe vom 1. Juli 1963 einem Bericht über die Interventionen für Saat- und Speisekartoffeln, Konserven-erbsen und Eier und Geflügel die bezeichnende Überschrift geben: »Wo Schwierigkeiten auftreten, ist FORMA zur Stelle!« Die ausgeschütteten Subventionen wurden an die Bedingung geknüpft, daß sich z. B. die Kartoffelwirtschaft um eine bessere Marktorganisation bemüht und die Zuschüsse nur an die Mitglieder der »comités économiques agricoles« weitergibt.

Frankreich ist mit der Neuordnung seiner Marktorganisation dem Beispiel Hollands gefolgt, dem Problem einer Überschußproduktion durch wirksame Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft einerseits und der Marktpartner andererseits Herr zu werden. Die jetzige staatliche Initiative ist von der Hoffnung getragen, daß nach Ablauf der Übergangszeit zum Gemeinsamen Markt eine eingespielte Organisation entstanden ist, die auf direkte staatliche Anweisungen verzichten kann und statt dessen Empfehlungen gibt. Die französische Regierung wünscht primär eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Einkommen. Sie hat zugleich aber auch das Fernziel proklamiert, die Lage der gesamten französischen Wirtschaft mit Hilfe einer leistungsfähigen Landwirtschaft zu verbessern.

#### 4.3 *Bundesrepublik Deutschland*

Vom Jahre 1970 ab stehen sich die EWG-Staaten auf dem gemeinsamen Agrarmarkt ohne den Schutz eigener Außenhandelsregulierungen gegenüber. Da Holland und Frankreich bereits jetzt den freiwilligen und erzwungenen Zusammenschluß der Marktpartner als Instrument nationaler Agrarpolitik nutzen, entsteht die Frage, ob die schon bestehenden Zusammenschlüsse von Marktpartnern im Bundesgebiet das notwendige Gegengewicht bilden können.

Die genossenschaftliche Aktivität in der Bundesrepublik ist größer als in Frankreich, jedoch geringer als in Holland. Die horizontale Bindung kann damit als relativ gut bezeichnet werden, doch fehlt den deutschen Genossenschaften auf wichtigen Märkten noch die vertikale Ergänzung in Form straffer Zusammenarbeit der Genossenschaften mit den Erzeugern einerseits und den Zentralen andererseits. Der Versuch des Raiffeisenverbandes, über leistungsfähige Bundeszentralen zur wirklich marktbeeinflussenden Angebotskonzentration zu kommen — mit allen Vor- und Nachteilen — wird erst auf Teilmärkten erkennbar. Die deutschen Genossenschaften haben sich in den Jahrzehnten des weitgehenden Agrarschutzes hauptsächlich auf die Warenvermittlung in traditioneller Form beschränkt, wie sie vom nichtgenossenschaftlichen Landhandel in gleicher Weise praktiziert wurde. Der bei der Gründung des Genossenschaftswesens herrschende Raiffeisengeist und die Genossenschaftstreue wurden nicht zu tragenden Pfeilern einer dynamischen Geschäftsgestaltung ausgebaut. Erst jetzt besinnt man sich auf die immanenten Kräfte, die sich wecken lassen, wenn man zwischen dem Erzeuger und seiner Genossenschaft, zwischen der Einzelgenossenschaft und der Zentrale sowie im intergenossenschaftlichen Verbund mit den Konsumgenossenschaften eine straffe Zusammenarbeit einleitet.

Ausdruck der Freiheit der Marktpartner in der Sozialen Marktwirtschaft, ihre ökonomischen Ziele weitgehend nach eigenem Ermessen zu verwirklichen, ist der im Bundesgebiet bereits erheblich stärker hervortretende Verbund nichtgenossenschaftlicher Art. Er ist gekennzeichnet durch Unternehmerpersönlichkeiten mit Initiative und geschäftlichem Geschick. Sowohl in der Erzeugung als auch im Lebensmittelabsatz sind privatwirtschaftliche Bindungen zu vor- und nachgeordneten Stufen häufiger als in den Nachbarländern. STRECKER und seine Mitarbeiter [15] zeigten, daß einige Marktbereiche viel schneller und vollständiger von der vertikalen Integration erfaßt werden als andere. Zu erklären ist diese Tatsache durch die Eigentümlichkeit des Produkts (Saatgut, Kon-

servengemüse, Zuckerrüben, Milch usw.) oder durch die starke Konkurrenz besonders in der Geflügelmast, Eierproduktion und Fleischverarbeitung.

Die staatlichen Maßnahmen zur institutionellen Neuordnung des Agrarmarktes sehen im Vergleich mit den Partnerländern recht bescheiden aus. Die Landwirtschaftskammern (und Bauernverbände Bayerns und Baden-Württembergs) als öffentlich-rechtliche Körperschaften der mittelbaren Selbstverwaltung haben zwar Aufgaben der Marktbetreuung, sie verstehen sich aber dabei mehr als Träger der Güteförderung, Standardisierung und Markttransparenz, weniger als ein Initiator für Zusammenschlüsse zur Rationalisierung des Marktablaufs. Auch die Bundesmarktverbände, z. B. für Vieh und Fleisch (29. 2. 1952) als vertikale berufsständische Organisationen gehen in ihrer praktischen Wirksamkeit nicht über das Bemühen um eine bessere Markttransparenz hinaus. Daher »bedarf es gerade im Hinblick auf die EWG der Diskussion, ob und gegebenenfalls in welcher Weise und für welche konkreten Aufgaben die ordnungspolitische Funktion der Marktverbände verstärkt, ausgebaut oder verändert werden soll« [6].

Die Durchführung der Landwirtschaftlichen Marktordnungsgesetze und des späteren Landwirtschaftsgesetzes überließ man einseitig den staatlichen Verwaltungen und versicherte sich nicht ausreichend der Mitarbeit der Marktpartner. Zusätzlich machte sich die Aufsplitterung der Kompetenzen im Bund und in den Ländern zwischen einer Vielzahl von Ministerien und den Landwirtschaftskammern nachteilig bemerkbar. Das Widerstreben gegen eine Straffung der Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft liegt im Prinzip der sozialen Marktwirtschaft begründet und hat außerdem seine Ursachen in Erinnerungen an die ständische Gliederung und den Zwangszusammenschluß in Hauptvereinigungen und Wirtschaftsverbänden zur Reichsnährstandszeit. So berechtigt diese Einwände erscheinen mögen, der technisch-wirtschaftliche Fortschritt wird aber gerade diejenigen Organisationsformen überleben lassen, die in irgendeiner Weise die Zusammenarbeit mehrerer Marktstufen praktizieren.

Der Weg der Zwangszusammenschlüsse nach dem Muster Hollands und Frankreichs kann im Bundesgebiet nach Artikel 9, Absatz 3, des Grundgesetzes nicht beschritten werden (negative Koalitionsfreiheit!). Dies wird allerdings von TIMMERMANN [16] nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 19. 12. 1962 in Frage gestellt. Das Fehlen von Zwangszusammenschlüssen braucht so lange für unsere Konkurrenzfähigkeit kein Schaden zu sein, solange entschlossen und mit Initiative jede Möglichkeit der freiwilligen Zusammenarbeit ausgeschöpft wird. Da die Konzentration der Agrarproduktion in Großbetrieben unter mitteleuropäischen Verhältnissen unwahrscheinlich ist, wird eine optimale Agrarvermarktung nur in dem Maße realisiert werden können, wie sich bäuerliche Betriebe untereinander und mit ihren Marktpartnern zur Zusammenarbeit bereithalten. Benutzen die EWG-Partnerländer z. T. gesetzlichen Zwang, so sollte die deutsche Landwirtschaft keine einzige Gelegenheit verpassen, das gleiche Ziel durch freiwillige Entscheidungen zu erreichen.

In der gewerblichen Wirtschaft wird die Kooperation im Konkurrenzkampf kleinerer gegen größere Unternehmen erfolgreich benutzt. Mittelständische Betriebe sehen oftmals in der verbindlichen Zusammenarbeit mit ihren Partnern die einzige Möglichkeit, sich in Zukunft zu behaupten. Ist die Lage der Landwirtschaft mit ihrer vorherrschenden Familienbetriebsstruktur nicht ähnlich? Die Verstärkung einer oder mehrerer Formen der Zusammenarbeit für jeden Betrieb scheint die Voraussetzung zu sein, die

Agrarvermarktung unserer Zeit optimal zu gestalten und damit die Lebensfähigkeit der Landwirtschaft zu verbessern. In Anlehnung an die gewerbliche Wirtschaft [8] ist für die Praxis der Landwirtschaft an folgende Kooperationstypen zu denken, die z. T. seit langer Zeit eingeführt sind, aber dringend ihrer weiteren Aktivierung bedürfen, oder mit Hilfe privater, berufsständischer und staatlicher Initiative neu für unsere landwirtschaftlichen Betriebe entwickelt werden müssen:

Marktwirtschaftliche Zusammenschlüsse nach Organisationsform und Marktstufen in Frankreich, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland  
(Stand 1963)

### I. Horizontale Bindung

	nichtgenossenschaftlich			genossenschaftlich			öffentlich-rechtlich			gesetzlich		
	F	N	D	F	N	D	F	N	D	F	N	D
Produktionsmittel-lieferanten	x	x	x	x	xx	x	.	.	.	.	x	.
Landwirtschaftliche Erzeuger	x	x	x	xx	xx	xx	xx	xx	xx	xx	xx	.
Landwarenhandel	.	x	x	xx	xx	xx	x	x	.	x	xx	.
Verarbeiter	.	x	x	x	xx	x	.	x	.	x	xx	.
Groß- u. Einzelhandel	x	xx	xx	x	xx	xx	.	.	.	.	xx	.

### II. Vertikale Bindung

Produktionsmittel-lieferanten	x	x	x	x	xx	x	.	.	.	.	.	.
Landwirtschaftliche Erzeuger	x	x	x	xx	xx	xx	x	xx	x	xx	xx	.
Landwarenhandel	x	x	x	x	xx	x	x	xx	x	xx	xx	.
Verarbeiter	x	x	x	x	xx	xx	x	xx	x	x	xx	x
Groß- u. Einzelhandel	x	xx	xx	x	xx	xx	x	x	x	x	xx	x

. = nicht vorhanden

x = vorhanden

xx = größere Bedeutung



- a) *Zusammenarbeit von Einzelbetrieben* horizontal und vertikal für Erfahrungsaustausch, Angleichung der Produktionstechnik, Kapitalmarkterschließung, Austausch von Maschinen, Geräten und Arbeitskräften, Flurbereinigung, Spezialisierung und Arbeitsteilung, gemeinsame Buchführung und Schriftverkehr, Bezug von Betriebsmitteln, Absatz von Agrarprodukten, Aufbau betrieblicher Gemeinschaftsformen usw.
- b) *Zusammenarbeit von Betriebsgruppen* für Erhebung und Auswertung statistischer Daten, Betriebs- und Branchenanalysen, Markterkundung, Standardisierung, Kontroll- und Versuchswesen, Information und Öffentlichkeitsarbeit, Aus- und Fortbildung, regionale Wirtschaftsentwicklung, Exportförderung usw.

Doch nicht die Zusammenarbeit an sich und gar nicht ihre jeweilige institutionelle Form bestimmen den Wert der überbetrieblichen Bindungen, sondern allein der ökonomische Effekt, der sich mit Hilfe der Kooperation erzielen läßt. Er ist im Einzelbetrieb durch den horizontalen und vertikalen Betriebsvergleich zu messen.

Die Aufgabe des Staates ist es, die Initiative der Marktpartner zur Zusammenarbeit herauszufordern, günstige Startbedingungen zu schaffen und gegebenenfalls Mittel für den Beginn bereitzustellen. Letzteres ist im Grünen Plan 1963 geschehen, z. B. erstmalig für Anbaugemeinschaften von Qualitätsweizen und die Errichtung von Schlachthanlagen. Die Vereinfachung der Verwaltungsvorschriften, die Koordinierung der Maßnahmen, die ständige Beratung und Aufklärung und schließlich die stärkere Übertragung von Verantwortung an die Marktpartner selbst werden aber nötig sein, damit die Mittel wirklich einen optimalen Nutzen stiften können.

#### Literatur

- 1 ASCHHOFF, G., Agrarpolitik und landw. Genossenschaften in der EWG, Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen Münster, Karlsruhe 1961.
- 2 DAMS, T., Bäuerliche Unabhängigkeit durch Zusammenarbeit, Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 36, Hannover 1962.
- 3 ENGEL/STEIN, Die Marktorganisation für landw. Erzeugnisse in den Partnerländern der EWG, vielfältiges Manuskript des IFO-Instituts, München 1963.
- 4 ESCHÉ/DREWS, Der Europäische Milchmarkt, Parey Verlag, Hamburg 1963.
- 5 GROEBEN/BOECKH, Handbuch für Europäische Wirtschaft, Band 2, EWG-Vertrag und Kommentar, Heymanns Verlag KG, Köln 1958.
- 6 HANAU/WEBER, Aufgaben im Bereich des landw. Marktwesens der Bundesrepublik Deutschland, Agrarwirtschaft, Hannover 1962.
- 7 JAKOBI, H., Der Wandel der französischen Agrarpolitik im Spiegel der Gesetzgebung, Agrarwirtschaft, Hannover 1963.
- 8 LILIENSTERN, H. R. v., Konkurrenzfähiger durch zwischenbetriebliche Kooperation, Forckel Verlag, Stuttgart 1963.
- 9 METZDORF, H.-J., Der landw. Markt und die EWG, Landwirtschaft — Angewandte Wissenschaft, Nr. 110, Hiltrup 1961.
- 10 MÜLLER - HENNEBERG - SCHWARTZ, Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung, Kommentar, Heymanns Verlag KG, Köln 1958.
- 11 PLATE, R., zitiert in: Der landw. Markt und die EWG, Landwirtschaft — Angewandte Wissenschaft, Nr. 110, Hiltrup 1961.

- 12 RITTNER, F., zitiert in: Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und ihren Marktpartnern, Bonn 1962.
- 13 v. ROSEN - v. HOEVEL, Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Kommentar, Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1959.
- 14 STAMER, H., Marktwirtschaftliche Aspekte der Schweine- und Geflügelhaltung, Vortrag, Jahrestagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues, Göttingen 1962.
- 15 STRECKER, ROLLER, SAFT, SCHUCH, Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen der Landwirtschaft und ihren Marktpartnern, Bonn 1962 (vervielfältigt).
- 16 TIMMERMANN, F., Der Markt fordert Zusammenschlüsse, Deutsche Bauernkorrespondenz, Nr. 14, Bonn 1963.